Nr. 22 FREIHEITLICH ★ SOZIALISTISCHE ZEITUNG FÜR KÖLN



Vertrauensmann bei WALTHER & CIE entlassen

Stadtguerilla ○○○

○○○ Bürgerinitiativen

Selbstverwaltetes JUGENDZENTRUM ▼▼ Höhenhaus-Dünnwald

UND VIELES MEHR!

1 Jahr Jugendinitiative für ein Selbstverwaltetes Jugendzentrum

HÖHENHAUS - DÜNNWALD

KEINE FESTSCHRIFT!

Seit einem Jahr kämpft in Höhenhaus-Dünnwald eine Jugendinitiative für ein Selbstverwaltetes Jugendzentrum. Die Jugendlichen wollen ein JZ unabhängig von der Stadt, der Kirche oder einer Partei, in dem sie Kontakte pflegen, Arbeitskreise einrichten und sonstige Veranstaltungen durchführen können. Die räumlichen Voraussetzungen für ein solches Zentrum bietet das Haus Haan. Dieses schon seit langem leerstehende Haus ist Eigentum der Stadt Köln und steht als letzter rheinischer "Viereckbau" unter Denkmalschutz. Es liegt direkt in der Mitte des Einzugsbereichs und ist von allen Teilen der Vororte Höhenhaus-Dünnwald gut mit dem Fahrrad, zu Fuß oder mit der KVB zu erreichen. Die KVB-Haltestelle Leuchterstraße liegt ca. 2 1/2 Minuten von Haus Haan entfernt. Die Initiative selbst hat sich in einem Verein mit 160 eingeschriebenen Mitgliedern organisiert. Der Verein hat beantragt, als gemeinnützig anerkannt zu werden. Der aktive Kern besteht aus 40 - 50 Leuten; davon sind ca. 40% Lehrlinge und Jungarbeiter, 40% Schüler, 7% Studenten und 3% Eltern und Erwachsene. Wie der Kampf um ein Selbstverwaltetes Jugendzentrum angefangen und sich entwickelt hat, dokumentiert der nachfolgende Bericht, den wir von der Jugendinitiative Höhenhaus-Dünnwald erhalten haben.

Aschermittwoch 1974: Eine Gruppe von Jugendlichen, mit Eimer und Quast bewaffnet, streift durch Höhenhaus-Dünnwald. Sie kleben Plakate:

"Wir haben es satt-
wir wollen nicht mehr auf der Straße stehen oder zu Hause vor dem Fernseher sitzen-
was uns fehlt ist etwas wo wir uns treffen können: ein
JUGENDZENTRUM
es muß endlich etwas für uns getan werden! Und wenn niemand für uns etwas tut, müssen wir selbst etwas tun: eine
JUGENDINITIATIVE
gründen".

Den Donnerstag drauf war die Gründungsversammlung, zu der dieses Plakat aufrief.

Mathias Hürten, der die Idee zu dieser Initiative hatte, war total überrascht, denn es kamen 100 Leute, die dann auch die "Initiative für ein Selbstverwaltetes Jugendzentrum Höhenhaus-Dünnwald" gründeten.
Die Stationen der Initiative sind schnell erzählt. Satzung ausarbeiten - Satzung beschließen - Kontakte mit einem Notar (zwecks Eintragung der Initiative als e.V. beim Amtsgericht), mit den Parteien, mit dem Jugendamt, mit dem Stadtrat. Anfang Mai verteilten wir an Info-Ständen unsere erste Zeitung, die klarmachen sollte, warum wir für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum kämpfen. Nach unserem Fest (so richtig open-air - nach einem verregneten Nachmittag - abends feucht - aber fröhlich) Mitte Juni, kam unsere zweite Zeitung heraus mit Berichten über unser Fest und einem vom Plenum beschlossenen offenen Brief an die "lieben Stadt(Stief)-Väter!".
Hierauf kamen dann erste Reaktionen.
"Nach der Mitteilung der Verwaltung ist der erwähnte Brief vom 8. Mai im Jugendamt nicht bekannt. Das Jugendamt ist aufgrund Ihres Schreibens vom 17. 7. (offener Brief)mit der



Prüfung befaßt, welches der Gebäude für eine Jugendeinrichtung geeignet ist, zum anderen, ob die Jugendgruppe in eine vorhandene Jugendeinrichtung vermittelt werden kann... ...Es würde mich freuen, wenn sich hieraus eine gute Zusammenarbeit entwickelte und durch die gemeinsamen Bemühungen bald eine Besserung erreicht werden könnte."
Brief von Bürgermeister Jacobs vom 9.8.74

Danach fanden Gespräche mit dem Stadtjugendpfleger Henkel und seinen Mitarbeitern statt. Daneben arbeiteten wir auch in der Öffentlichkeit weiter. Unter anderem veranstalteten wir am 2.11. eine Demonstration, bei der 15o Teilnehmer eindrucksvoll unsere Forderungen vertraten. "Haus Haan muß ran, sonst ist der Stadtrat dran!", war eine unserer Parolen, die unseren Willen, für unsere Sache zu kämpfen, ausdrückt.

Heute, 3 Monate später, ist deutlich geworden, daß wir nicht gegen die Verwaltung kämpfen müssen, sondern daß wir die Unterstützung zumindestens des Jugendamtes, bzw. der Abteilung Jugendpflege haben. In den Gesprächen mit der Abteilung wurde zwar deutlich, daß man befürchtet, daß wenn einmal Räume von der Stadt zur Verfügung gestellt werden, die Initiative anschließend inaktiv wird, oder anders gesagt, man glaubt, die Initiative bestünde nur um zu kämpfen. Wir haben, hoffentlich mit Erfolg, versucht klarzumachen, daß die aktiven Mitglieder unserer Initiative, die soweit



möglich sogar ihre Privatwohnungen für Zusammenkünfte zur Verfügung stellen, deswegen kämpfen, weil ihnen das Jugendzentrum ein Bedürfnis ist, und nicht kämpfen um des Kämpfens willen. Von seiten des Jugendamtes bestehen also insoweit keine Schwierigkeiten mehr, als die Abtlg. Jugendpflege nicht darauf aus ist, uns ins Leere laufen zu lassen, sondern mit uns arbeitet, um gemeinsam erarbeitete Vorstellungen und Pläne gegenüber dem Stadtrat zu vertreten. Die Abtlg. Jugendpflege hat eine Konzeption entworfen, die ein Anerkennungs- und Förderungsverfahren für solche Initiativen beinhaltet. Als Beispiel führte die Verwaltung unsere Initiative an. Die Konzeption selbst haben wir noch nicht gesehen. Sie sollte in der letzten Sitzung des Jugendwohlfahrtsausschusses behandelt werden. Aufgrund eines Antrags der CDU wurde die Sache aber dann verschoben. Zu allen Vorhaben der Verwaltung muß der Stadtrat seine Zustimmung geben, dies geschieht meistens in den Ausschüssen. Der Jugendwohlfahrtsausschuß ist für das Jugendamt zuständig. Seit dem 1.1. 1975 sind laut Gesetz alle Ratsausschüsse in NRW öffentlich, d.h. genauso wie an Ratssitzungen kann der Bürger an Ausschußsitzungen teilnehmen. Leider trifft das für den JWA nicht zu, denn dort sitzen nicht nur Ratsmitglieder, sondern auch Vertreter verschiedener in Köln tätiger Jugendpflegeorganisationen (stimmberechtigt: Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Kath. Junge Gemeinde, evang. Jugend und DGB-Jugend). Bis zum dritten Februar wußten wir das allerdings nicht. Wir hatten an den Vorsitzenden des JWA, Albert Schröder CDU, geschrieben, daß wir gerne an der Sitzung teilnehmen würden, weil unsere Initiative ja von diesem Thema sehr betroffen sei. Höflich, aber bestimmt erhielten wir eine Absage. Als wir am 3.2. dann vor der Tür standen, standen wir vergebens. Deswegen ist unsere Forderung: Die Sitzungen des JWA müssen jedem Bürger zugänglich gemacht werden.

Mittlerweile scheint es wahrscheinlich, daß nicht alle Teile der Verwaltung und des Stadtrates bereit sind uns zu unterstützen. Wie oben bereits erwähnt, hat die CDU im JWA erreicht, daß die Behandlung der Verwaltungsvorlage verschoben wird, bis die CDU-Ratsfraktion noch einmal darüber gesprochen hat. (Wie lange wird es wohl dauern, bis die CDU noch einmal darüber gesprochen hat? Bis nach den Wahlen??)



Obwohl z.B. unsere Forderung nach Haus Haan (altes Rittergut in Höhenhaus - unter Denkmalschutz - im Besitz der Stadt - unbewohnt und unbenutzt) als Selbstverwaltetes Jugendzentrum bereits Mitte November durch alle Zeitungen gegangen war (NRZ 4.11., KStA 7.11., Rundschau 7.11.) wurde auf einer der letzten Sitzungen des Liegenschaftsausschusses gesagt, daß man wisse, daß sich eine Gruppe von Jugendlichen um Haus Haan bemühe, aber man wisse nicht, wer diese Gruppe sei und mit wem man Verhandlungen führen könne. Und de swegen führe man die Verhandlungen mit anderen Interessenten weiter. (Die Stadt hat wiederholt versucht, Haus Haan an eine Industriegruppe zu verkaufen. Als sich eine Gruppe von Eltern um Haus Haan als Kinder- und Schülertagesstätte bemühte, wurden von seiten der Verwaltung unerfüllbare Bedingungen gestellt. Aus Angst vor einer spontanen Besetzung wurden die Fenster von Haus Haan zugemauert!) In einem Brief an Liegenschaftsamt und -ausschuß, an Oberstadtdirektor und Oberbürgermeister haben wir den naheliegenden Verdacht geäußert, daß man Haus Haan schnell noch an einen anderen Interessenten losbekommen will, bevor man offiziell mit uns Kontakt aufnehmen muß. Dem ist durch unseren Brief ein Riegel vorgeschoben worden. Weiterhin äußerten wir in dem Brief die Hoffnung, daß man uns einen Termin nennen würde, an dem man über unsere Forderungen sprechen könnte. Wir wiederholen noch einmal unsere Forderungen:

HAUS HAAN ALS SELBSTVERWALTETES JUGENDZENTRUM!
600 DM MONATLICH ALS UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE ARBEIT DES VEREINS!
RÄUME WO WIR UNSERE ARBEIT WEITERFÜHREN UND NEUE SACHEN ANFANGEN KÖNNEN, BIS HAUS HAAN RENOVIERT IST!
DER JWA SOLL ÖFFENTLICH TAGEN!

Unterstützt diese unsere Forderungen!
Schreibt Briefe an den Stadtrat, den OB und den Oberstadtdirektor!
Wer nähere Informationen über unsere Initiative haben will, wer im Verein mitmachen will oder den Verein sonstwie unterstützen will, wende sich an:
Wolf Schuchardt, 5 K 1, Maternusstr.5, Tel. 32 21 93

Selbstverwaltetes Jugendzentrum e.V., c/o Matthias Hürten, 5 K 80, Steinbücheler Weg 46
Tel. 60 23 22

Damit endet der Bericht der Jugendlichen aus Höhenhaus und Dünnwald. Der Kampf der Initiative geht weiter.
Soweit wir wissen, ist diese Initiative die einzige in Köln, die wirklich auf breiter Basis von den Jugendlichen selbst getragen wird. Deshalb unterstützen die Heinzelmenschen uneingeschränkt die Jugendlichen aus Höhenhaus und Dünnwald in ihrem Kampf für ein Selbstverwaltetes Jugendzentrum.
Die Heinzelpress wird weiter über alle wichtigen Ereignisse in diesem Kampf berichten. ■ ■ ■

BUCH-TIP

Jetzt in der Fastenzeit, da die Abende noch lang und im Fernsehen nur Wiederholungen sind, finden wir endlich wieder Zeit, zu einem guten, freiheitlich-sozialistischen Buch zu greifen.
Wir empfehlen zu diesem Zweck:

- B. Kelb, Organisieren oder organisiert werden.
- B. Kelb, Betriebsfibel.
- D. Guérin, Anarchismus, Begriff und Praxis
- Gerlach-Souchy, Die soziale Rwvolution in Spanien.
- R. Rocker u. a., Arbeiterselbstverwaltung, Räte, Syndikalismus
- D. Cohn-Bendit, Linksradikalismus
- I. Mett, Die Kommune von Kronstadt.
- F. Ferrer, Die Schule
- H.M. Enzensberger, Der kurze Sommer der Anarchie.
- S. Steinberg, Gewalt und Terror in der Revolution.
- G. Leval, Das libertäre Spanien.



ALLEIN
MACHEN SIE DICH EIN



In einer gemeinsamen veranstaltung führten die Kölner Heinzelmenschen und X-Screen am 18.1. den Film über das Rauch-Haus-Kollektiv vor.
Das Kino "Die Kurbel" war mit 200 Zuschauern übervoll und auch die Abendvorstellung war, obwohl sie Eintritt kostete, gut besucht.

Der Film "Allein machen sie dich ein" zeigt die Entwicklung des Georg-von-Rauch-Hauses von der Besetzung bis heute. Interessant war für uns vor allem, wie realistisch und konkret die Bewohner des Rauch-Hauses ihre Probleme angehen und lösen.Dieser Eindruck wurde in der anschließenden Diskussion noch verstärkt. Das waren weder Flipper noch politische Dogmatiker, sondern junge Menschen, die ihre beschissene Situation solidarisch verbessern wollen.
Sie erklärten, daß sich ihre Lage von dem Moment an entscheidend verbessert habe, als sie nicht mehr auf Gelder der Stadt gehofft haben , sondern begannen, sich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Dadurch hat sich die Solidarität entwickelt, die das Georg-von-Rauch-Haus in Berlin-Kreuzberg zu einem Beispiel von Selbstorganisation Jugendlicher gemacht hat.

Nach der Veranstaltung trafen sich im Heinzelhaus die Vertreter einiger Kölner Jugendzentrumsinitiativen und berieten über eine bessere Zusammenarbeit. Das vorläufig einzige Ergebnis von zwei Besprechungen ist eine Adressenliste der Jugendzentrumsinitiativen im Kölner Raum, die den Gruppen wenigstens die Möglichkeit zu leichterer Zusammenarbeit geben soll.

Kontakte zu Jugendzentrumsinitiativen über die Heinzelpressredaktion

IMPRESSUM

HEINZELPRESS-VERLAG
5 K ö l n 1
Gereonsmühlengasse 24
Tel. 133 163

Postscheckkonto Köln
Hans-Peter Meyer
Nr. 216528 - 5o2

Presserechtlich verantwortlich:
Arne Houben, 5 K 1,
Gereonsmühlengasse 24

Druck: HEINZELPRESS

HEINZEL satire

BEZIRKSVERTRETUNGEN

Nun ist es also doch soweit. Die Losung: "Mehr Demokratie wagen", einst von Willy Brandt aus der Taufe gehoben, sodann ins Programm der SPD aufgenommen, inzwischen von der CDU aufgegriffen (s.CDU-Wahlkampfzeitung "Depesche"), wird in die Tat umgesetzt. Wie eh und je hat auch dabei Köln die Rolle der Avantgarde übernommen. So wundert es denn auch keinen, daß Rat und Verwaltung der Stadt Köln die radikale Demokratie wagen: Die Bezirksvertretungen. Schon wird in bayrischen Gefilden die mahnende Frage gestellt: Auf dem Weg zur Rätedemokratie?

RÄTEDEMOKRATIE

Und wahrlich: Herr Rempe, Stadtverordneter, erklärte einem Heinzelpress-Redakteur vor einiger Zeit, daß sich das Konzept der BezikBezirksvertretungen dem rätedemokratischen Ideal nähere. Wir waren damals noch skeptisch. Aber jetzt müssen wir sagen: Grandios, was hier realisiert werden soll. So haben wir uns die Selbstverwaltung schon immer vorgestellt.

Der Wahl-Modus hat es bereits in sich. Die Bezirksvertreter werden nicht direkt gewählt, sondernwerden vom Rat der Stadt nach dem Parteienproporz "berufen". Die Bezirksvertreter müssen im Bezirk wohnen und sich vor der Kommunalwahl in eine Bewerberliste eintragen. "An der Sitzverteilung nimmt nur teil, wer bei der Ratswahl einen Sitz erhalten und mindestens 5 Prozent der gültigen Stimmen im Stadtbezirk erreicht hat"(Kölner Bürgerillustrierte). Es ist schon genial, wie hier altbewährte Demokratiepraktiken (bereits bestens in Rundfunkanstalten erprobt) mit neuen demokratischen Ideen verknüpft werden. Zudem wird hier noch ein soziales Werk getan: Alle die armen Tropfe, die durch die Eingemeindungen ihre Posten verloren haben und nun ohne Amt und Würden Gefahr laufen dahinzusiechen, werden nun als Bezirksvertreter wieder aufblühen. Das ist alles außerordentlich sozial-(und)demokratisch.

Verweilen wir jedoch noch bei dem demokratischen Aspekt. Sehr gelungen ist dem Rat auch die Konzeption hinsichtlich der Vermeidung der Verselbständigung solch eines Gremiums vom Rat und dem OB. So kann jederzeit Einfluß auf die Entscheidungen der Bezirksvertretungen genommen werden. Der Oberbürgermeister und der Rat können den Entscheidungen widersprechen. Bleibt die Bezirksvertretung bei ihrem Entschluß, so entscheidet der Rat der Stadt Köln über die Angelegenheit. Außerdem kann der OB an jeder Sitzung beratend teilnehmen; ihm muß jederzeit das Wort erteilt werden, wenn er dies verlangt. Da, wie wir alle wissen, der OB den Bürgerwille repräsentiert, kann der Bürger also optimal seine Interessen in der Bezirksvertretung wahren. Er braucht sich sogar noch nicht einmal selbst darum zu kümmern. OB und Rat erledigen dies für ihn. Und wie gut sie sowas können, zeigt uns ja die Vergangenheit, in der die Kommunalparlamentarier immer zum Wohl der Bürger wirkten und immer bestrebt waren, uneigennützig die Belange der Bürger wahrzunehmen. So gut, daß Kölner Bürger das Rathaus besetzten, um sich beim Rat zu bedanken.

ENTSCHEIDENDE KOMPETENZEN

Jedoch haben die Bezirksvertretungen auch eine gewisse Eigenständigkeit. Sie können z.B. über Bezirksangelegenheiten Entschlüsse fassen. So z.B. ob im Bezirkspark Stiefmütterchen oder Gänseblümchen gepflanzt werden sollen. Sie dür-

Fortsetzung s. 15

Bürgerinitiativen treffen sich wieder

Am 21.1. trafen sich nach längerer Bause die Vertreter von Kölner Bürgerinitiativen und anderer basisdemokratischer Gruppen im Heinzelhaus. Hauptthemen waren: Die allgemeine Zusammenarbeit und das gemeinsame Verhalten gegenüber den Parteien im Kommunalwahlkampf. Auch die Frage, welche grundsätzlichen Gemeinsamkeiten die verschiedenen Gruppierungen zusammenführen und zu einer gemeinsamen Aktion bringen können, wurde diskutiert.

Wichtigste Beschlüsse des Treffens waren:

1.)Die Wahlkampfsituation soll von den Bürgerinitiativen ausgenutzt werden, nicht um für irgendeine Partei Stellung zu nehmen, sondern um gerade vor der Wahl darzustellen, daß alle Parteien uns nicht nützen und daß es nötig ist, die Position der Bevölkerung gegenüber den Herrschenden Organisationen zu stärken durch die Mitarbeit und Unterstützung von basisdemokratischen Gruppen.

2.)Zur Darstellung der Situation soll ein "Schwarzbuch" herausgebracht werden, in dem die bevölkerungsfeindliche Politik des Rates und der Verwaltung in jedem Viertel aufgezeigt werden. Die leeren Versprechungen und die falschen Hoffnungen, die die Parteien uns gemacht haben, sollen beschrieben werden. (Dazu brauchen wir möglichst viel Material von Gruppen und einzelnen aus der ganzen Stadt. Bitte an die Heinzelpress-Redaktion schicken!)

3.)Mit Plakaten soll für die Arbeit der Bürgerinitiativen geworben werden und gleichzeitig eine große Veranstaltung vorbereitet werden, die die Bürgerinitiativen noch vor der Wahl gemeinsam organisieren wollen.

SCHMIDT: GEWINNE MÜSSENSTEIGEN

Während hunderttausende Arbeiter und Angestellte kurzarbeiten und viele arbeitslose Kollegen auf die schleppende Bearbeitung der Anträge auf Arbeitslosenunterstützung warten müssen, hat sich die Bundesregierung kürzlich zu einem Geschenk für die Unternehmer aufgerafft. Anstatt die Unterstützungsleistungen für für Arbeitslose und Kurzarbeiter zu erhöhen, wie es z. B. die Arbeitslosen-Initiative in Köln fordert, wird jetzt den Unternehmern kräftig unter die Arme gegriffen. Mitte Dezember 74 beschloß das Bundeskabinett ein Konjunkturbelebungsprogramm, dessen Schwerpunkt in erster Linie den Investitionen der Unternehmer zugute kommt. Wer in der Zeit vom 1.12.74 bis 30.6.75 investiert, erhält 7,5 % der Investitionskosten vom Finanzamt zurück. Aus Industriekreisen wurde bereits bekannt, daß nun für viele Unternehmen die Zeit günstig ist, völlig veraltete Technologien billig zu erneuern. Mit unseren Steuergeldern wird somit der Wertzuwachs, von dem ausschließlich die Unternehmer profitieren, bezahlt.

Die weitere Unterstützungsmaßnahme für die Unternehmer sind die Lohnkostenzuschüsse. Lohnkostenzuschüsse kann ein Unternehmer beantragen, wenn er Arbeitslose einstellt, die seit mindestens drei Monaten als stellungslos gemeldet waren. Diese Zuschüsse gibt es für die Dauer von 6 Monaten und betragen 60 % (in Worten: sechzig!!) des tariflichen bzw. ortsüblichen Arbeitsentgelts. Während viele Arbeitslose mit der Arbeitslosenunterstützun kaum über die Runden kommen, wurde jetzt mit ihren eigenen jahrelangen Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung noch die Lohn- und Gehaltsverpflichtungen der Unternehmer finanziert.

Fortsetzung Seite 16

Soldaten demonstrierten

Mitte Januar demonstrierten in Karlsruhe 300 Soldaten der dort stationierten französischen Besatzungstruppen gegen Mißstände im militärischen Dienst. Aus diesem Anlaß hat uns das antimilitaristische Komitee in Frankreich gebeten, folgende Erklärung zu veröffentlichen, die wir leider aus redaktionellen Gründen etwas kürzen mußten.

Das Französische Antimilitaristische Komitee gibt bekannt, daß es sich bei den 300 Soldaten, die am 13. Januar in Karlsruhe demonstriert hatten, um Wehrpflichtige der 521. und 535. Transportgruppe handelt. Nach einer Generalversammlung verließen die Soldaten ihre Kaserne in Kampfausrüstung, marschierten durch die Straßen und verteilten Flugblätter, die ihre Forderungen darlegten. Diese Forderungen betrafen hauptsächlich Eisenbahntarife, Urlaubsfragen und Besoldung. Darüber hinaus protestierten sie gegen die Plackerei und widerwärtige Behandlung, die ihnen in der Kaserne zuteil wird, sowie gegen die Tatsache, daß man sie nur ganz untergeordnete Arbeiten verrichten läßt.

Vor allem muß darauf hingewiesen werden, daß die in der BRD stationierten französischen Truppen noch anstrengendere Übungsmanöver durchzumachen haben als die in Frankreich stationierten Einheiten. Ihre Isolierung in den deutschen Kasernen ist noch größer. Sie haben keinerlei Kontakt mit der Bevölkerung, die übrigens gegen diese französischen Mitbewohner etwas irritiert, wenn nicht sogar feindselig eingestellt ist. Denn obwohl die französischen Truppen mit den anderen ausländischen Militärkräften und mit der Bundeswehr theoretisch dazu bestimmt sind,

Walter & Cie AG:

Aktiver Vertrauensmann entlassen



Der auf der Titelseite angekündigte Bericht "Vertrauensmann bei Walther & Cie AG entlassen" entfällt aus Rücksicht auf einige Kollegen dieses Betriebes.
Die Entscheidung, diesen Artikel aus der Heinzelpress herauszunehmen, fiel nach der Drucklegung (und uns nicht gerade leicht).
Dadurch verändern sich auch die folgenden Seitenzahlen.
Wir bitten um Verständnis.
Die Redaktion.

Wir laden ein.

Wir laden alle ein, die mehr über die Heinzelpress und die Arbeit der Heinzelmenschen wissen möchten, die an Informationen und Diskussionen interessiert sind.

Wir sind jeden Dienstag und Donnerstag ab 20.00 Uhr im neuen HEINZELHAUS, 5 Köln 1 Gereonsmühlengasse 24 anzutreffen.



die "Verteidigung des Westens" gegen eine eventuelle sowjetrussische "aggression" zu sichern, sind die französischen Truppen noch immer, 30 Jahre nach Kriegsende, statutenmäßig Besatzungstruppen.
Diese Soldaten sind weit entfernt von ihrer Heimat, die Urlaubsmöglichkeiten sind sehr unzureichend, und sie müssen die Transportkosten auf deutschem Boden mit ihrem eigenen, lächerlich geringen Sold bezahlen. Dies sind die unmittelbaren konkreten Ursachen.
Aber daß diese Unzufriedenheit durch eine Straßendemonstration in einer ausländischen Stadt zum Ausdruck kommt, d.h. durch einen kollektiven Akt der Widersetzung gegen die Militärdisziplin, ist nur zu verstehen, wenn man in Betracht zieht, daß in Frankreich selbst eine starke Bewegung zur Anfechtung der Armee, und speziell des Wehrdienstes (allgemeine Wehrpflicht) besteht. Diese Bewegung hat insbesondere zur Bildung von Soldatenkomitees in einer Anzahl von Kasernen geführt. Sie hat sich auch besonders wirkungsvoll anlässlich einer Soldatendemonstration im vorigen September in der südfranzösischen Stadt Draguignan bemerkbar gemacht und die französische öffentliche Meinung stark beeindruckt. Das französische Kommando ließ damals drei Soldaten verhaften, die als "Anführer" betrachtet und vor ein Militärgericht gestellt wurden.

Die Demonstration von Karlsruhe ist nicht zuletzt deshalb von Bedeutung, weil für die französischen Militärbehörden die in der BRD stationierten Truppen sogenannte Elitetruppen darstellen, die in Krisensituationen, d.h. im Falle von Revolten in der französischen Bevölkerung, zur Unterdrückung dieser Revolten herangezogen würden. Bekanntlich hatte sich De Gaulle im Mai 1968 nach Baden-Baden begeben, um sich dort der vorbehaltlosen Unterstützung des Generals Massu zu versichern für den Fall einer Einsetzung der "FFA"(Forces Francaises en Allemagne) gegen die Pariser Bevölkerung.
Schließlich kann die Demonstration von Karlsruhe als ein recht bedeutender und bedrohender Angriff auf die Politik der französischen Regierung angesehen werden. Ziel dieser Politik ist ja immer noch in der BRD eine französische Truppenabteilung aufrecht zu erhalten, gerade zu einem Zeitpunkt, wo die französische Regierung mehr und mehr eine Angleichung an die amerikanischen Positionen anstrebt. Aus diesem Grunde hält das französische Antimilitaristische Komitee die Demonstration in Karlsruhe für absolut positiv und hat diese Demonstration unterstützt und seine Solidarität zum Ausdruck gebracht. Das Komitee macht es sich zur Aufgabe, die Unterstützung der Widerstandskämpfe der französischen Soldaten in der BRD durch verstärkte antimilitaristische Arbeit in der Zivilbevölkerung immer weitgehender zu unterstützen.

Comité Antimilitariste
c/o D. Guerin
B.P. 24716 75765
Paris Cedex 16



RAF: EIN KONZEPT DES SCHWACHSINNS

"Der Rechtsstaat wird von blindwütigen Fanatikern bedroht!" - "Anarchisten bedrohen die freiheitlich-demokratische Grundordnung."

Solche Sprüche beherrschten noch vor wenigen Wochen den bundesdeutschen Blätterwald. Solche Sprüche werden eventuell bald wieder die Schlagzeilen bilden, wenn nämlich im Frühjahr die RAF-Prozesse anlaufen und es möglicherweise in diesem Zusammenhang hier und da wieder knallt. Mit einem Riesenaufwand werden diese Prozesse zur Zeit vorbereitet. Welche Urteile die Angeklagten erwarten, falls sie bis dahin überhaupt noch am Leben sind, ist heute schon jedermann klar. Jedenfalls steht uns ein widerliches Spektakel bevor, daß sich der "Rechtsstaat" einige Millionen kosten läßt.

KEINE EINIGKEIT

Die westdeutsche Linke steht diesem Spektakel geschlossen ablehnend gegenüber. Vorbei ist es aber mit der Einigkeit, wenn es um die Beurteilung der RAF selbst, ihrer Ziele und ihrer Strategie geht. Wie aber steht es mit der Guerilla in Westeuropa? Soweit wir sehen, geben die Befürworter dieser Strategie im Wesentlichen drei Gründe an, die sich zum Teil überschneiden:

1. "Wir stehen vor einem neuen Faschismus."

Es besteht Einigkeit darüber, daß in einem faschistischen System alle Formen des Widerstandes legitim sind, da Opposition im Rahmen der "Legalität" von vornherein ausgeschlossen ist. Nun wird die gegenwärtige Situation entweder als bereits faschistisch oder aber als Vorstufe dazu interpretiert. Das heißt, der bewaffnete Widerstand muß bereits jetzt organisiert und begonnen werden, da im "vollendeten" Faschismus die Bedingungen dafür kaum mehr existieren. Diese Faschismus-Behauptung ist nicht so neu, wie es scheint. Seit Jahren wird diese Behauptung wiederholt von einer Linken, die, wie es uns scheint, unfähig ist, unter den Bedingungen der "Legalität" eine Strategie zum Sozialismus zu entwickeln und in die Praxis umzusetzen. Der Faschismusvorwurf soll über die eigene Ratlosigkeit angesichts der bestehenden Aufgaben hinwegtäuschen. Klar ist, daß die Linke insgesamt weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist, die vor einigen Jahren noch realistisch schienen. Anstatt dieses Dilemma kritisch zu analysieren und zu diskutieren, tritt ein großer Teil der Bewegung die Flucht in eine Scheinwelt an, wo der Klassenkampf noch "richtiger" Klassenkampf ist; da werden längst vermoderte Parteien neugegründet, alte Fehler ebendieser Parteien wieder aufgewärmt, Stalins gesammelte Werke neuherausgegeben usw.. Und was der politische Schwachsinn sonst noch in der Trickkiste hat, wird eifrig ausprobiert.

ALLES FASCHISMUS?

Damit entfernt man sich logischerweise immer weiter von der Realität, was dann aber nicht mit der eigenen abwegigen Theorie, sondern mit der Verkehrtheit der Realität erklärt wird. So ist plötzlich alles Faschismus, die Arbeiterklasse unfähig, sich endlich der Führung der alleinseligmachenden Partei unterzuordnen usw.usw.. Eine halbwegs gründliche Analyse der ökonomischen und weltpolitischen Situation müßte jedem klarmachen, daß der klassische Faschismus für Westeuropa absolut gestorben ist. Einerseits hat der Kapitalismus Herrschaftsformen entwickelt, die seinen Bestand mit viel weniger Reibungsverlusten garantieren, andererseits behindert ein zu starres Herrschafts-

system die Entwicklung modernster Industriestrukturen (siehe Portugal und Griechenland). Mit dem Faschismus sollte dann aber auch der Stalinismus endgültig begraben werden, der aber hierzulande gerade Auferstehung feiert.

2. "In vielen Ländern der 3. Welt kämpfen Befreiungsbewegungen einen militärischen Kampf gegen die imperialistischen Mächte. Diese Bewegungen haben garkeine andere Wahl, als sich bewaffnet gegen ihre Unterdrücker zur Wehr zu setzen. Soll dieser Kampf erfolgreich geführt werden, so muß er in die imperialistischen Länder übertragen werden."

Richtig ist, daß die imperialistischen Staaten, d.h. die Staaten, die wirtschaftlich und militärisch am weitesten entwickelt sind, die Länder der 3. Welt gewaltsam niederhalten, ihre Bodenschätze ausbeuten, ihre meist landwirtschaftlichen Produkte zu lächerlichen Preisen abzwingen, ihre Arbeitskräfte auf unvorstellbar brutale Weise ausbeuten und jeden Keim von Opposition oder gar Widerstand mit Waffengewalt zu brechen versuchen. In diesen Ländern kann ein Widerstand meist überhaupt nur in der Form der Guerilla geleistet werden. Tatsache ist aber auch, daß diese Befreiungsbewegungen kaum mit Erfolgen rechnen können, wenn ihr Kampf isoliert bleibt und nicht massiv von außen unterstützt wird. In Südamerika z.B. werden die US-Amerikaner kein zweites Kuba zulassen. Heißt das aber, daß die Guerillataktik so ohne weiteres auf europäische oder nordamerikanische Länder ausgedehnt werden kann, wo die sozialen und politischen Verhältnisse grundlegend ander sind? Die Forderung, den Kampf des Vietcong, der Palästinenser, der chilenischen MIR oder anderer Bewegungen auf europäischem Territorium mit denselben Zielen und denselben Waffen zu führen, kehrt alle diese wesentlichen Unterschiede unter den Teppich und läuft auf blanke Traumtänzerei hinaus. Diese Forderung ist ebenso lächerlich und gefährlich, als wenn wir umgekehrt diese Bewegungen aufforderten, unsere Ziele, die wir hier verfolgen, von dort mit parallelen Mitteln zu unterstützen, also z.B. durch die Schaffung von basisdemokratischen Gruppen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Lächerlichkeit einer solchen Gleichsetzung leuchtet jedem ein, der umgekehrte Vorgang der Übertragung der in zurückgebliebenen Ländern erforderlichen und einzig möglichen Kampfformen in die Industrieländer aber erscheint einigen Leuten ganz besonders revolutionär. Es ist wahr, die Verbindung der Kämpfe in den Ländern der dritten Welt und der Kämpfe in den Industriestaaten ist absolut notwendig. Der Zusammenhang dieser Kämpfe ist keineswegs nur theoretisch. Die Verknappung der Arbeitsplätze hierzulande beruht eben zum größten Teil auf der Tatsache, daß die Unternehmer es vorziehen, ihr Kapital z.B. in Brasilien, Südafrika, Persien usw. renditeträchtig anzulegen. Dort werden Hungerlöhne gezahlt, wodurch die Sache erst rentabel wird, dort werden Streikversuche im Keim erstickt, wodurch ein "ruhiger" Geschäftsbetrieb gewährleistet ist. Einem international organisierten Gegner muß man international entgegentreten. Dieser Kampf kann aber nur aussichtsreich geführt werden, wenn wir die grundlegenden Unterschiede zwischen Industriestaaten und "Armenhäusern dieser Welt" in Rechnung stellen und nicht mit lauten Phrasen Gemeinsamkeiten konstruieren, die es in Wirklichkeit nicht gibt. Die "Arbeitsteilung" zwischen "reichen" und "armen" Ländern wird von uns nicht etwa verteidigt, sondern als eine Tatsache erkannt, von der wir ausgehen müssen, wenn wir hier wie dort grundsätzlich etwas ändern und letztlich ebendiese "Arbeitsteilung" überwinden wollen.

3. "Jeder Versuch, die sozialen Verhältnisse grundlegend zu verändern, stößt auf den Widerstand und in letzter Konsequenz bewaffneten Widerstand der Herrschenden. Es ist von daher absolut notwendig, die bewaffnete Auseinandersetzung von Anfang an einzukalkulieren, sich auf die daraus resultierenden Notwendigkeiten einzurichten und den Kampf insgesamt als Krieg des Volkes gegen die Herrschenden zu führen!"

GEGEN POLITISCHE MACHT

Es lassen sich sehr viele historische Beispiele für den gewaltsamen Verlauf revolutionärer Änderungen anführen, die gegenteiligen Beispiele sind sicherlich die Ausnahme. Erstens werden diese "historischen" Beispiele sofort "unhistorisch", wenn sie fix auf ganz andere Sach-

verhalte übertragen werden. Zweitens besteht das Wesen der Revolution für uns darin, die grundlegenden gesellschaftlichen Strukturen, die die große Mehrheit in Unfreiheit und Abhängigkeit halten, zu verändern. Unter den gegebenen Verhältnissen bedeutet das im Unterschied zu historischen Vorbildern nicht die Eroberung der politischen Macht, also des Staatsapparates, sondern die Abschaffung ebendieses größten Unterdrückungsinstrumentes. Das heißt, wir können nicht "unsere Bataillone" gegen die der Herrschenden ins "letzte Gefecht" schicken (wobei die Bataillone sich meist nur durch die Farbe der Uniformen unterscheiden), sondern wir stellen gerade diese Herrschaftsinstrumente in Frage. Eine Anwendung solcher Mittel schließt sich also aus. Unsere Aufgabe sehen wir vielmehr darin, die Legitimation des herrschenden Gewaltsystems radikal zu zerstören, diesem System die Gefolgschaft zu verweigern und Keime einer neuen basisdemokratischen Gesellschaft zu entwickeln.

ANGST VOR BOMBEN

Nur Idioten greifen ihren Gegner genau dort an, wo er am stärksten ist. Die bestehenden militärischen Apparate des Staates sind für Auseinandersetzungen mit bewaffneten Gruppen bestens gerüstet. Man kann dem Gegner keinen größeren Gefallen tun, als ihn ausgerechnet auf diesem Territorium anzugreifen. Erstens ist er militärisch nicht zu schlagen, zweitens gerät er auch ideologisch durch solche Aktionen kaum in Bedrängnis. Im Bewußtsein der Bevölkerung wird die Berechtigung der Staatsgewalt durch militärische Angriffe nicht etwa in Frage gestellt, sondern im Gegenteil bestätigt, leuchtet es doch jedem ein, daß "unsere demokratisch gewählten Vertreter" uns mit allen Mitteln vor Bombenanschlägen etc. schützen müssen. Schon immer haben Terroristen die Wirkung ihrer Aktionen falsch eingeschätzt. Schon immer haben sie erwartet, daß das Volk ihre Aktionen so versteht, wie der Terrorist sie gemeint hat. Die Angst der Bevölkerung vor Bomben, die natürlich von der Rechten propagandistisch geschürt wird, ist tausendmal größer als die Angst, weiter unter den bestehenden Verhältnissen leben zu müssen, aber eben auch LEBEN zu können. Wir haben eben mehr zu verlieren als unsere Ketten. Eine Guerilla, die nicht vom Volke getragen wird und nicht Ausdruck der Verteidigung der Lebensrechte eines unterdrückten Volkes ist, entbehrt jeder Grundlage. Die Frage der Gewalt stellt sich von daher für uns anders. Wir können nicht ausschließen, daß die herrschende Klasse gewaltsam revolutionäre Veränderungen zu verhindern sucht, im Gegenteil. Das aber verpflichtet uns umso mehr, Formen des Kampfes zu finden, die nicht schon wieder den Keim der Unterdrückung in sich tragen, die die vorhandenen Unterdrückungsapparate weitgehend unterlaufen und damit möglichst wenig Angriffsfläche bieten. Gewaltanwendung darf für uns nur das äußerste Mittel zur Verteidigung demokratischer Positionen sein. Unsere Ziele sind Freiheit und Demokratie. Wir dürfen diese Ziele nicht zugunsten militaristischer Erwägungen und Kalküle opfern. Einmal zu Sandkastenstrategen und Technikern des Aufstandes verkommen, können wir unsere emanzipatorischen Ziele in den Wind schreiben. Gewaltanwendung kann für uns wie gesagt notwendig werden, eine Gewaltideologie, eine neurotische Lust an der Gewalt ist für uns absolut tödlich.

KAUM MODELLE

Die praktischen Konsequenzen, die sich aus dieser Auffassung ergeben, sind äußerst schwierig und langwierig. Wir können kaum auf bewährte "von der Geschichte bestätigte" Modelle zurückgreifen. Wir müssen mit Phantasie und zugleich Nüchternheit die theoretischen Möglichkeiten diskutieren und die praktischen Schritte tun. Ein bißchen Erfahrung haben wir seit den Tagen der Studentenbewegung gewonnen. Jeder, der unsere oben dargelegte Auffassung teilt, sollte sich der "Unbequemlichkeit" einer theoretischen und praktischen Auseinandersetzung mit uns unterziehen!





HEINZ DER HEINZEL MEINT:





Was heißt das eigentlich, auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung oder des Grundgesetzes stehen? Wer argumentiert mit diesem Begriff und was möchte er damit erreichen? Wessen Freiheit und welche Demokratie ist gemeint?

Um es gleich vorweg zu sagen, ich bin für Demokratie und Freiheit, und zwar je mehr, desto besser.
Aber wie ist das denn mit den Herren aus Parteien und Regierung, die jede Idee einer gesellschaftlichen Veränderung mit dem Hinweis auf den "Boden des Grundgesetzes" im Keime ersticken wollen? Die lügen uns doch dreist an, wenn sie so tun,als sei das Grundgesetz der heilige Gral unserer Gesellschaft. Es waren schließlich die gleichen Parlamentarier und Parteimanager, die seit 1949 an diesem Grundgesetz herumgewurstelt und gebogen haben, wo sie nur konnten.

Man denke nur an die Wehrgesetze, die die Remilitarisierung der Bundesrepublik einleiteten,gegen den ausdrücklichen Willen des Grundgesetzes. Und z.B. an die Notstandsgesetze, für die das Grundgesetz in über 70 Punkten geändert wurde - von SPD und CDU.
Die gleichen Leute regen sich auf, wenn wir dafür sind, daß die Arbeiter und Angestellten ihre Betriebe selbst verwalten sollen und sie meinen, wir ständen damit nicht mehr auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Sehen wir uns diese Grundordnung doch einmal genauer an!
Wo ist denn die Demokratie in unseren Fabriken und Verwaltungshäusern?
Wo bestimmt (nicht mitbestimmt) denn bei uns die betroffene Bevölkerung in Stadtvierteln und Gemeinden?
Wie steht es denn mit der Freiheit der Jugendlichen, die keine Lehrstelle finden - weil der Lehrherr die Freiheit hat, eben einfach keine einzurichten?
Was ist denn mit der Freiheit der Lohnabhängigen, die arbeitslos werden, weilder Unternehmer die Freiheit hat, nicht zu investieren und die Werte, die die Arbeiter geschaffen haben, lieber ins Ausland oder auf die Bank zu bringen?

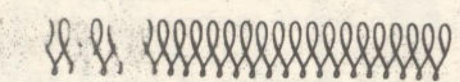
Hier wird klar, daß die Freiheit, von der die Herrschenden reden, immer ihre Herrschaft beinhaltet. Echte Freiheit ist aber nur möglich unter Gleichen. Gleichheit wiederum benötigt als Organisationsform Demokratie und Sozialismus, weil diese Voraussetzung für wirtschaftliche und politische Gleichheit sind.

Ich bin für Freiheit und Demokratie, deren Ansätze wir verteidigen und deren Aufbau wir erkämpfen müssen, gegen die Herrschenden aller Lager.

Fortsetzung von Seite [illegible]
HEINZEL-Satir[illegible]

...
fen Straßen und Wege benennen und heimisches Brauchtum fördern (Bezirksvertretung als "Veedelsverein"?). Nicht zu vergessen: Die Bezirksvertretung darf auch über den Standort von Denkmälern bestimmen.

Also alles in allem eine tiefgreifende demokratische Umwälzung, die so tief ist, daß wir sie gar nicht sehen bzw. erkennen werden.

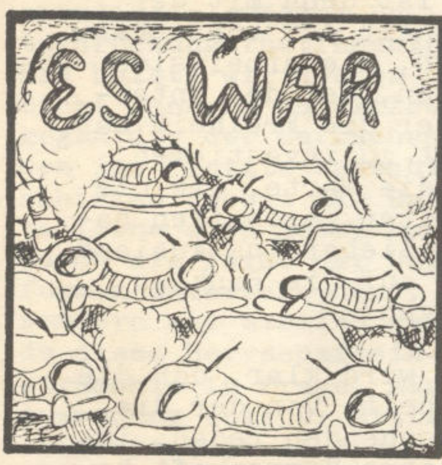




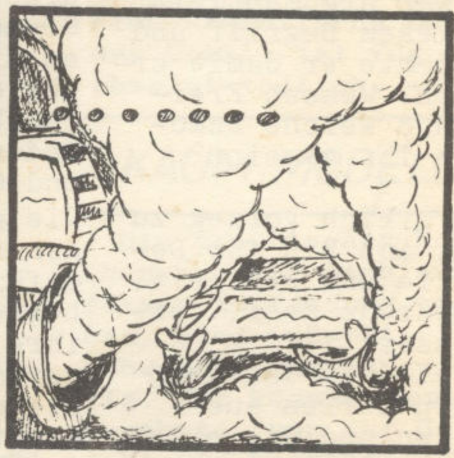
APFEL GEGESSEN: BLEIVERGIFTUNG

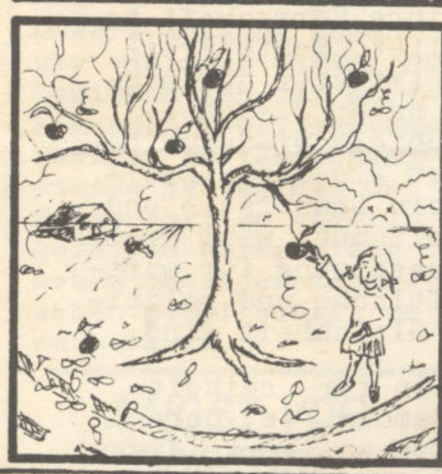
Immer wieder wird von den Gefahren geredet, die von den zunehmenden Autoabgasen für die Bevölkerung ausgehen. Ernst genommen wird das Problem aber selten. In der Werbung spricht die Autoindustrie vom "Neuen Fahrerlebnis"- vom Abgas-Erlebnis redet sie nicht.
Wie ernst das Problem auch hier in Köln geworden ist, zeigt der Fall der 8-jährigen Beate X*. Seit einigen Monaten ist Beate krank. Sie kann nicht mehr zur Schule gehen und war einige Wochen zur Beobachtung in der Klinik. Die Symptome sind klar:
BLEIVERGIFTUNG.
Beate hatte Äpfel aus dem Schrebergarten ihrer Eltern gegessen, die durch die Abgase der nahegelegenen Bundesstraße mit Blei verseucht waren.

*Name geändert.













Fortsetzung von Seite 7
Gegen diese fetten Unternehmerprämien sind die sogenannten Mobilitätszulagen für Arbeitslose geradezu mickerig. Die Mobilitätszulagen für Arbeitnehmer betragen nach sechsmonatiger Arbeitslosigkeit höchstens DM 600,-- (Verheiratete DM 100,-- mehr) und werden nur dann gezahlt, wenn der neue Arbeitsplatz nicht im Wohnort und nicht im Ort des früheren Arbeitsplatzes liegt oder der Bruttoverdienst mehr als 10 % niedriger ist als beim letzten Arbeitsverhältnis oder wenn eine andersartige Tätigkeit als früher ausgeübt wird und dafür kein höheres Arbeitsentgelt erzielt wird.
Ein seit Monaten arbeitsloser Kollege wird also bestenfalls mit ein paar hundert Mark abgespeist. Unter Umständen muß er auf längere Dauer eine viel schlechter bezahlte Arbeit in Kauf nehmen, oder er muß in eine andere Stadt umziehen und Umzugskosten und höhere Miete zahlen. Nur dann wird ihm eventuell eine Beschäftigungshilfe vom Arbeitsamt gewährt.

An die Unternehmer aber werden großzügig Investitionszulagen und Lohnkostenzuschüsse verteilt. Sie erhalten den Löwenanteil aus den Geldern des Beschäftigungsprogramms. Die Unternehmer sind fast schon wieder über dem Berg, die Zeit der Extra-Profite ist schon in vollem Gang.